

Verlorener Sohn

Wiens Verteidigungsminister begrüßte einen entlassenen Kriegsverbrecher mit großem Verständnis. Nun kriselt es in der Koalition.

Der Bundeskanzler war konsterniert. „Zunächst wollte er das alles gar nicht glauben“, seufzt der Kabinetts-Chef des sozialistischen Regierungschefs Fred Sinowatz.

„Das alles“ war in der Tat ein starkes Stück: Der österreichische Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager stand vorigen Donnerstag persönlich am Flugplatz Graz-Thalerhof, als eine italienische Militärmaschine den begnadigten österreichischen Kriegsverbrecher Walter Reder aus Italien in die Heimat zurückbrachte.

Der Minister aus dem Lager der Freiheitlichen Partei begrüßte den ehemaligen SS-Sturmchef wie einen verlorenen Sohn („ganz Österreich ist froh“) und eskortierte ihn zwecks medizinischem Check-up in die Sanitätsstation der Bundesheerkaserne Baden bei Wien.

Dieser „Affront für alle demokratisch Empfindenden“ (so das SPÖ-Zentralorgan „Arbeiter-Zeitung“) leitete die bisher schwerste Zerreißprobe der ohnehin angeschlagenen Regierungskoalition von Sozialisten und Freiheitlichen ein.

Doppelt peinlich wird der Kotau des obersten Republikverteidigers vor einer



Minister Frischenschlager*
„Ganz Österreich ist froh“



Haftentlassener Reder
„Rein humanitärer Fall“

NS-Symbolfigur im Rückblick auf zwei Jahrzehnte pausenloser Bemühungen des Wiener Ballhausplatzes um „eine Lösung des rein humanitären Falles Reder“.

Der „Fall“ hatte am 29. September 1944 im Apennin südlich von Bologna begonnen. Damals befahl der 28jährige Linzer Reder – ein Ritterkreuzträger, der im Jahr zuvor den linken Unterarm verloren hatte – die Aufklärungsabteilung der 16. SS-Panzergrenadier-Division im Kampf gegen die italienische Partisanenbrigade „Stella Rossa“, die mit ihren Anschlägen den deutschen Besatzern empfindliche Verluste zufügte.

Im Zuge einer fünftägigen Vergeltungsaktion kam es Anfang Oktober zum „Massaker von Marzabotto“, dem größten Kriegsverbrechen auf italienischem Boden: Die Deutschen zerstörten das Kleinstädtchen bis auf die Grundmauern, schossen die Bewohner nieder oder ließen sie in verbarrikierten Häusern bei lebendigem Leib verbrennen. Insgesamt sollen 1830 Zivilisten den Tod gefunden haben.

Reder wurde im Mai 1945 von US-Truppen gefangen genommen und den Engländern übergeben, die ihn ihrerseits an die Italiener auslieferten. 1951 verurteilte ihn ein Militärgerichtshof in Bologna zu lebenslangem Zuchthaus. Das oberste Militärgericht in Rom sprach den Angeklagten zwar später vom Vorwurf der vorsätzlichen Tötung frei, weil Reder die Operation nachweislich aus einem 40 Kilometer entfernten Unterstand geleitet und somit Marzabotto gar nicht betreten hat, bestätigte jedoch die Strafdauer. Neue Begründung: Eine durch Reder sehr wohl angeordnete Erschießung von sechs italienischen Partisanen.

* Am 10. Juli 1984 in Bonn.

Der Österreicher landete in der Festung Gaeta bei Neapel, wo er mit dem deutschen Kriegsverbrecher Herbert Kappler, ehemals Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Rom, Zelle an Zelle saß. Seine Gnadengesuche an den italienischen Staatspräsidenten blieben ohne Antwort.

Als dem 69jährigen Krebskranken Kappler 1977 mit Hilfe seiner Frau die Flucht in die Bundesrepublik gelang (er starb 1978), blieb Reder allein zurück.

Inzwischen war die Akte „Reder“ im Wiener Außenministerium zu einem dicken Bündel angeschwollen. Jeder Rom-Besuch eines österreichischen Politikers gipfelte in der Bitte um die baldige Entlassung des „alten Mannes von Gaeta“. Neben Bundeskanzler Bruno Kreisky intervenierte sogar Bundespräsident Rudolf Kirchschläger.

Es ginge, argumentierten die Wiener Fürbitter unisono, um keinerlei Persilschein oder gar um die Rechtfertigung eines sicherlich schuldigen Kriegsverbrechers, sondern einzig und allein um menschliche Nachsicht. So viele Jahre nach Kriegsende wäre die Zeit reif, um Gnade vor Recht ergehen zu lassen.

Genau dieser humanen und unverdächtigen Haltung, die den italienischen Ministerpräsidenten Craxi letztlich überzeugt haben dürfte, widersprach Frischenschlager mit seinem seltsamen Begrüßungs-Auftritt: „Da sind wir im nachhinein total unglaublich geworden“, ärgert sich ein hoher Diplomat des Wiener Außenministeriums.

Selbstverständlich wird Kanzler Sinowatz nichts unversucht lassen, um die unglückselige Demonstration seines Verteidigungsministers als harmlosen Ausrutscher eines politischen Greenhorns hinzustellen – ein Zerfall der SPÖ-FPO-Koalition käme ihm denkbar ungelegen, weil die Sozialisten weder allein regieren können noch auf die Kooperation mit der Christdemokratischen Volkspartei vorbereitet sind.

Frischenschlager aber versucht sich bereits an einer Bagatellisierung. Er sei, meint er bieder, bloß „aus technischen Gründen“ und zwecks „diskreter Behandlung“ der Angelegenheit selbst nach Graz gefahren.

„Wir können im guten Fall hoffen, daß die Welt auch so freundlich ist, uns die operettenhafte Ungeschicklichkeit zu glauben“, sagt „AZ“-Chefredakteur Manfred Scheuch. In Österreich nimmt niemand Frischenschlagers Erklärungen ernst. Seine Partei – die sogenannte „Dritte Kraft“, die bei den Wahlen 1983 knappe fünf Prozent der Stimmen kassierte und nur davon lebt, daß sie der SPÖ das Regieren ermöglicht – steht ohnehin im Ruf der Rechtslastigkeit.

Mangels einer parteibildenden Tradition des österreichischen Liberalismus geriet sie gleich bei ihrer Gründung zu einem Sammelbecken von allem, was ultrarechts stand. Ihre ersten Kader rekrutierten sich aus ehemaligen Gefange-

nen des Entnazifizierungslagers Glasenbach bei Salzburg. 20 Jahre lang wurde die FPÖ von dem ehemaligen Waffen-SS-Mann Friedrich Peter geleitet, der einer Sondereinheit angehörte, die zwischen 1941 und 1942 an Judenmorden in der Sowjet-Union beteiligt war.

Bis heute gelten mindest 40 Prozent der FPÖ-Basis als alte und neue Nazis. Der oft versprochene ideologische Umbau durch den Parteichef und Vizekanzler Norbert Steger (Lieblingsspruch: „Braun war unsereins nur in den Windeln“) hat gerade erst angefangen.

Das Präsidium der Salzburger FPÖ stellte sich denn auch sofort mannhaft hinter den Verteidigungsminister, dessen Rücktritt Ende voriger Woche von vielen Seiten gefordert wurde. Als wär's eine patriotische Meisterleistung gewesen, beglückwünschten die Präsidenten ihren Mann dazu, Walter Reder empfangen zu haben – als „letzten österreichischen Kriegsgefangenen“.

GEHEIMHALTUNG

Für britische Augen

Ein Gesetz aus dem Jahre 1911 erlaubt der britischen Regierung, selbst banale Informationen vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten.

Der Vorgang schien zunächst nicht ungewöhnlich: Clive Ponting, 38, Abteilungsleiter im Londoner Verteidigungsministerium, kopierte an seinem Arbeitsplatz zwei Dokumente und steckte die Kopien in einen Briefumschlag. Den schickte er, ohne Angabe des Absenders, an das Büro des Labour-Abgeordneten Tam Dalyell im Parlamentsgebäude von Westminster.

Nun, sechs Monate später, drohen Ponting die Entlassung und eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren, weil er gegen das sogenannte Amtliche Geheimhaltungsgesetz („Official Secrets Act“) verstoßen haben soll. Es verbietet englischen Beamten die Herausgabe von „Zeichnungen, Plänen, Modellen, Artikeln, Aufzeichnungen sowie Informationen“ und wirkt derart allumfassend, daß auf der Insel Behörden und Ministerien selbst Routineinformationen nur zögernd herausrücken.

Labour-Mann Dalyell konnte dank der anonymen Zusendung ein politisch brisantes Puzzle vervollständigen. Seit dem Krieg um die Falkland-Inseln beschäftigt ihn die Frage, wie es am 2. Mai 1982 zur Versenkung des argentinischen Kreuzers „General Belgrano“ durch ein britisches Atom-U-Boot gekommen war. 368 Argentinier gingen mit dem altersschwachen Kriegsschiff unter.

Nach mühevoller Kleinarbeit fand Dalyell heraus, daß der Kreuzer vor seinem Untergang nicht etwa Kurs auf die britische Falkland-Flotte gehalten hatte, sondern seinem Heimathafen auf der

Insel Feuerland zusteuerte. Mithin, so Dalyells These, sei die Torpedierung der „General Belgrano“ vermeidbar gewesen.

Pontings Unterlagen reicherten Dalyells Enthüllungen mit neuen Einzelheiten an. Der Kreuzer, so ging aus einem Dokument hervor, befand sich schon elf Stunden auf Heimatkurs, ehe er von dem britischen U-Boot, das ihn über dreißig Stunden lang beschattet hatte, attackiert wurde.

Neu war auch der Inhalt der zweiten Kopie. Aus ihr ging hervor, daß nicht nur die „General Belgrano“, sondern auch der Flugzeugträger „25 de Mayo“ auf Befehl des Londoner Kriegskabinetts unter Regierungschefin Margaret Thatcher versenkt werden sollte – zu einem Zeitpunkt, als sich der damalige Außenminister Francis Pym noch um eine fried-

Auslegung des Amtlichen Geheimhaltungsgesetzes und damit die Gefahr eines unumschränkten Informationsmonopols auf seiten der Regierung.

Das aber ist in England teilweise schon Alltags-Praxis. Zeitungsläser erfahren zum Beispiel kaum einmal den Namen des Regierungssprechers Bernard Ingham. Der unterrichtet täglich eine kleine Gruppe politischer Korrespondenten, die sich zuvor verpflichten mußten, die Thatcher-Quelle Ingham nicht zu erwähnen. Sogar der Raum, in dem sich die Journalisten brav zu diesem Ritual versammeln, ist geheim.

Im Londoner Regierungsviertel Whitehall, der Hochburg englischer Geheimhaltung, wird von den Beamten unter Berufung auf den „Official Secrets Act“ blinde Loyalität verlangt. In den dortigen Ministerien, so urteilte der Buchautor Chapman Pincher, herrsche „suppressomania“, die krankhafte Unterdrückung von Mitteilungen aller Art.

Die älteste Demokratie der Welt, sorgt sich auch Shirley Williams, Präsidentin der englischen Sozialdemokraten, sei „absolut geheimnisbesessen“. Liberalen-Chef David Steel diagnostiziert die Obsession als „Teil der englischen Krankheit“.

Vor allem bekümmert die Politiker, daß mit Ponting erstmals ein Beamter unter Anklage gestellt wurde, der nicht etwa einen Journalisten, sondern einen Abgeordneten über einen Vertuschungsversuch der Regierung unterrichtet hat. Sollte auch das in Zukunft nicht mehr möglich sein, ahnt Labour-Chef Neil Kinnock, wurde die Kontrolle der mit 143 Sitzen Mehrheit herrschenden Regierung „gefährdet“. Die Opposition kam überein, Pontings Gerichtskosten zu Lasten der Parteikassen zu teilen.

Alle Versuche, die gesetzliche Geheimhaltung zu lockern, scheiterten bisher am Widerstand Frau Thatchers. Planvoll macht sie alles noch geheimer.

Als erster Premier Englands erweiterte sie das traditionelle Klassifikationssystem für Dokumente, das sich bisher auf die Kategorien „Nur für den Dienstgebrauch“, „Vertraulich“ und „Geheim“ einschließlich „Top Secret“ beschränkte.

Die neuen, von Frau Thatcher selbst ersonnenen Geheimkürzel lauten „CMD“ („Concerned Ministers Only“, zu deutsch: „Nur zur Einsicht für betroffene Minister“) sowie „Secret – UK Eyes Only“ („Geheim – nur für britische Augen“).

Geheim sind auch die Zahl der Kabinettsausschüsse und die Namen ihrer



„New Statesman“-Titel über „Belgrano“-Fall
Vor dem Untergang elf Stunden auf Heimatkurs

liche Beilegung des Konflikts bemühte. Von Montag dieser Woche an stehen Pontings Enthüllungen im Mittelpunkt eines Prozesses, in dem der Beamte noch heiklere Unterlagen ausbreiten will.

Sie dienen ihm zur eigenen Verteidigung, dünken den britischen Generalstaatsanwalt Sir Michael Havers aber so geheim, daß ihre Verlesung im Londoner Kriminalgericht Old Bailey „in camera“, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, vor sich gehen soll. Die Geschworenen-Jury wurde von Scotland Yard eigens einer Sicherheitsüberprüfung unterworfen.

Beinahe mehr noch als die Umstände des Falkland-Krieges erregt Kritiker indes die Grundlage des „Belgrano“-Prozesses. Sie befürchten eine verschärfte